

## Berlins Haushaltsplan.

### Vorstichtige Bemessung der Ausgaben.

Die Mitteilung im heutigen Morgenblatt, daß die Gemeinde-Einkommensteuer in Berlin nach wie vor 160 v. H. betragen soll, beweist am besten, daß der Magistrat sich der größten Sparfameit befleißigt hat. Trotzdem die Kriegsausgaben naturgemäß gewachsen sind, ist doch der neue Haushalt in Einnahme und Ausgabe um 4 Millionen Mark niedriger als der laufende.

Die Einnahmen sind wie folgt veranschlagt: Aus Grundeigentum und Berechtigungen 5 894 310 M. (im Vorjahre 7 524 190 Mark), bei den städtischen Werken 4 492 460 M. (9 211 920 M.), aus Steuern 113 552 000 M. (104 932 000 M.). Die Kämmererei hofft aus den Einkommensteuern 65 700 000 M., aus den Gemeinde-Grundsteuern 28 800 00 M., aus den Gewerbe-Steuern 16 000 000 M., aus der Hundesteuer 750 000 M., aus der Umsatzsteuer 700 000 M., aus der Kinosteuer 800 000 M. zu erhalten. Der Ausfall bei den städtischen Werken — er wird bedingt durch die erheblichen gesteigerten Materialkosten —, die höheren Arbeitslöhne, beschränkten Absatz, gleich sich aus durch den wenn auch nicht erheblichen höheren Ertrag aus den Steuern.

Selbstverständlich haben sich alle Verwaltungen nach Möglichkeit Zurückhaltung bei ihren Forderungen auferlegt. All zu große Abstriche ließen sich aber kaum machen. Für das Unterrichts-wesen werden als erforderlich bezeichnet 33 348 660 M. (im Vorjahr 33 742 480 M.), für das Armenwesen 17 715 240 M. (im Vorjahr 19 326 230 M.), für Kranken- und Gesundheitspflege 11 109 810 M. (im Vorjahr 11 237 550 M.). Beim Kapitel „Polizei, Gericht, Standesämter, Militärwesen und Arbeitsnachweis“ sind 10 995 000 M. eingestellt (im Vorjahr 10 705 750 M.), für öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofsverwaltung 8 754 450 M. (im Vorjahr 6 856 870 M.), beim Bauwesen 2 161 240 M. (im Vorjahr 2 337 100 M.). Es handelt sich im wesentlichen um die Fortführung der städtischen Nord-Süd-Bahn, um die Fleisch-Großmarkthalle in der Landsberger Allee und die Obstgroßmarkthalle in Moabit. Die Verwaltungskosten sind auf 22 172 450 M. (21 914 130 M.) veranschlagt. In der Gesamtsumme sind Anleihebeträge von 9 775 510 M. enthalten gegen 18 702 890 M.

Wie schon mitgeteilt, sollen als Zuschläge erhoben werden 160 v. H. der Staatseinkommensteuer, 165 v. H. der Gewerbesteuer, beides wie im Vorjahre, 174 v. H. (gegen 176 v. H. im Vorjahr) der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, die in Form der Grundwertsteuer mit 8,10 M. v. T. (wie im Vorjahr) des gemeinen Wertes der Grundstücke erhoben wird. In der nächsten Sitzung werden sich nun die Stadtverordneten mit dem Haushaltsplan, an dem wohl wenig Abstriche zu machen sein werden, zu beschäftigen haben. Der Haushaltsplan liegt von Montag ab im Finanzbüro des Rathhauses, Zimmer 67, täglich von 10 bis 1 Uhr zur Einsicht aller Bürger Berlins aus.